

Oskarshamus Tryckeri aktie bolag in Oskarshamu (Schweden).

Lalonde Maillot in St. Amand.

Graz wegen Tarifbewegung.

Vor Stellungannahme sind stets Erkundigungen einzuziehen, sonst event. Verlust der Unterstützung; besonders nach:

Aachen, Bielefeld, Breslau (Lith. u. Steindr.), Cassel, Elberfeld (Lith.), Emmerich, Fürth i. B., Göppingen, Hamburg-Altona (Lith., Firma Ludewig), Herisau (W. Marty & Co.), Kiel, Koblenz, Köln: Stollwerk & Spier, Krämer & van Elsberg, H. Witte, Leipzig, Magdeburg, Meiningen, Mügeln, München (Lith. u. Strdr.), Liegnitz, Niedersiedlitz, Nürnberg (Lith. u. Chem.), Offenbach, Offenburg, Saarlouis, Strassburg i. E., Weimar, Wien, Budapest und ganz Ungarn, Trier, sowie Düsseldorf (alle im Lichtdruck Beschäftigten).

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin III (Lithographen). Die am 3. August stattgehabte Versammlung befasste sich mit der Dresdener Generalversammlung. Als Referenten fungierten sämtliche Delegierten der Zahlstelle. Vor Eintritt in die Tagesordnung bedauerte der Vorsitzende die scharfen Urteile im letzten Versammlungsbericht und wies auch auf die mangelhafte Berichterstattung über die Dresdener Tagung in den politischen Arbeiterblättern und in der »Gr. Pr.« hin, welche kein richtiges Urteil über die Generalversammlung ermöglichten. Gundlach verbreitete sich zunächst über die Vorstands- und Ausschussberichte, dann über die Berichte in der »Gr. Pr.«, »Gr. Rundschau« und die sich anschließende Diskussion. Er beklagte hierbei sehr die persönlichen Angriffe gegen Tischendörfer, Borisch, Dübelt und Donnick, welche natürlich auch eine ebenso entschiedene Abwehr herausgefordert hätten. Fast alle Angriffe entbehren jeder Grundlage, deren Beweiskraft meist nicht einmal versucht wurde. Vermutungen, Stimmungen, Klatschereien etc. haben vielfach ausgereicht, um Streitigkeiten vom Zaune zu brechen, die viel Zeit und Geld gekostet und das Ansehen des Vereins sehr geschädigt haben. Haberkorn berichtete über die »Konfliktfälle« München, Düsseldorf und Tischendörfer, welche in besonderen Kommissionen behandelt worden sind. Er hob hierbei einerseits die gediegene Kommissionsarbeit und Berichterstattung über die Fälle München und Düsseldorf hervor, um dann in scharfer Weise die ganz unverständliche Kommissionstätigkeit in der Sache Tischendörfer zu kritisieren. Ein Schrei der Entrüstung würde durch die ganze Arbeiterschaft gehen, wenn ein Gericht ein Urteil abgeben würde, wie hier, ohne den sogen. Angeklagten zu den einzelnen Punkten zu hören. Dabei wäre der Frankfurter Schiedsspruch offensichtlich so voll von Fehlern, dass er jeder Kommission schon auf den ersten Blick als unhaltbar erscheinen musste. Es bedurfte leider erst eines scharfen Auftretens auf der Generalversammlung, um gegenüber Tischendörfer bei Differenzen diejenigen Grundsätze der Gerechtigkeit in Anerkennung zu bringen, wie sie z. B. innerhalb der sozialdemokratischen Partei längst eingeführt sind. — Albrecht behandelte das Beitragswesen, die Verschmelzungsfrage und die Satzungsänderungen. Hierbei beklagte er, dass zur Beratung dieser wichtigen Frage die Zeit der Generalversammlung sehr knapp bemessen war. Die Ausschussrechte haben keine Erweiterung erfahren, eher eine Einschränkung, da er künftig Beschwerden »nur nach Verständigung mit dem Vorstande« erledigen könne. Der hässliche Streit um die »oberste Instanz« dürfte hierdurch endlich beseitigt sein, da anzunehmen wäre, dass nun auch der Ausschuss seine ev. abweichende Stellungnahme auch durch den Vorstand zur Durchführung bringen lassen werde. Der Referent richtete die Mahnung nach allen Seiten, darauf bedacht zu sein, um keine Konfliktsstoffe zu schaffen oder anhäufen zu lassen, was bei Meinungsverschiedenheiten durch eine direkte und vertrauensvolle Auseinandersetzung wohl verhütet werden könne. — Tischendörfer unterstrich manches Gesagte und erörterte die übrigen Punkte: Kongresse, Keramik, Schleiferfrage, Beamten-Anstellungen, Gehälter und Wahlen. Er bezeichnete die Generalversammlung als ein grosses Waschhaus, in dem man aber leider, weil es an eigentlichem »Stoff« fehlte, selbst zur Fabrikation von Schmutz überging. Die Verdächtigung des bisherigen Ausschussvorsitzenden gegenüber dem Vertreter der Generalkommission, er habe »bestellte Arbeit« gemacht, seine Ablehnung einer unerhörten, aber glaubigten Aeusserung über Sillier, dessen persönliche Polemik gegenüber jedem Andersdenkenden haben bei vielen Kennern der ganzen Sachlage die alte Ueberzeugung bestätigt: »Er ist trotz allem Eifer ein Unglück für den Verein.« Hier liegt auch einzig und allein die Ursache der früheren Unruhen und deshalb müsse auch hier Wandel geschaffen werden, wenn es besser werden solle. Wenn ein erfahrener Kollege, der bisher stets auf seiten des Ausschusses gewesen sei, am Schluss der General-

versammlung erklären konnte, dass dessen Vorsitzender den Verband geschädigt habe, müssten die sich hieraus ergebenden Konsequenzen gezogen werden. Ausserordentlich bedauerlich sei noch der vollkommene Boykott der Berliner Lithographenvertreter bei allen Wahlen zu den Kommissionen und den Kongressen gewesen. Damit wäre Berlin III zur Mitgliedschaft zweiter Klasse gestempelt worden, was einen bedauerlichen Eindruck hervorgerufen müsse. Trotzdem wolle er keinen Antrag auf eine Resolution stellen, da es vielleicht dann um so leichter sei, gerechten Wünschen zur Beachtung zu verhelfen. — In der Diskussion bedauerte Dübelt die Zeitvergeudung für persönliche Differenzen und des dabei bekundeten Radikalismus, der nichts nützen könne, aber um so mehr schaden müsse. Die Verwendung von Privatbriefen für öffentliche Verhandlungen sei, obwohl sie ihm in keiner Weise Abbruch thun könne, verwerflich. Schrader wies darauf hin, dass Berlin III durch die Generalversammlung die verurteilten 900 Mk. und einen eigenen Beamten erhalten und darum auch Grund zur Zufriedenheit habe. Harder schliesst sich den Ausführungen Dübelts an und betont, dass man längst etliche Hundert Mark jährlich für die Ausschussleitung auswerfen musste, dann hätte sich für diesen Posten auch ein anderer Kollege gefunden. So sei man bisher leider geradezu auf eine bestimmte Person angewiesen gewesen, welche in der Lage war, die dafür erforderliche Zeit fast kostenlos zur Verfügung stellen zu können. Tischendörfer beantwortete dann noch eine Anfrage wegen der Wahl des Beamten und schliesst mit der Aufforderung zu weiterer gewerkschaftlicher Thätigkeit die Versammlung.

Hannover. Die am 1. August seitens der Filiale I tagende Versammlung hatte als Hauptpunkt: »Bericht unseres Delegierten Spangenberg von der 5. Generalversammlung in Dresden.« Nach Kenntnissnahme der Abrechnung vom 2. Quartal, nahm unser Delegierter das Wort, um einen Ueberblick von der 5. Generalversammlung zu geben. In klarer sachlicher Rede erledigte letzterer seinen Bericht. Die sich nun anschließende Diskussion, brachte folgende Resolution: »Die Zahlstelle Hannover gab nach Kenntnissnahme des Berichtes ihres Delegierten ihrer Freude Ausdruck über den allgemeinen guten Abschluss der Beratungen der Generalversammlung. Dem gegenüber gab sie aber auch ihren Unwillen kund über die nochmalige Tagung eines Schiedsgerichts im Falle Tischendörfers und betonte nachdrücklich, bei Abhaltung des Schiedsgerichtes einen grossen Kostenaufwand zu vermeiden. Die Versammlung wünschte den Zeugenapparat möglichst zu beschränken, ist sogar der Ansicht, dass die Protokolle über die Zeugenaussagen vom Frankfurter Schiedsgericht ein neues Erscheinen überflüssig machen.« Diese Resolution fand nach längerer Debatte gegen 3 Stimmen Annahme. Schluss 11³/₄ Uhr.

Leipzig. Im »Pantheon« sprach am 30. Juli Reichstagsabgeordneter Karl Legien über »Die gewerkschaftliche Disziplin« in einer öffentlichen Versammlung der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Er führte aus, dass zum gewerkschaftlichen Kampfe vor allem Einigkeit, Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit nötig sei. In keinem Lande sei gerade in dieser Hinsicht die Zersplitterung so gross, wie in Deutschland. Hier seien allein drei verschiedene Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung zu beobachten und zwar sind dies: 1. die auf reinem Klassenkampf boden stehenden Zentralverbände, 2. die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und 3. die christlichen Gewerkschaften. Die Zentralverbände würden oft als sozialdemokratische Organisationen bezeichnet. Dies treffe jedoch nur insoweit zu, als ihre Gründer ausschliesslich tüchtige Sozialdemokraten gewesen seien, und auch jetzt noch die führenden Personen der Zentralverbände gleichzeitig mit wenigen Ausnahmen Vertrauensstellungen in der sozialdemokratischen Partei einnehmen. Uebrigens eine ganz natürliche Erscheinung, da ja beide Strömungen in der kämpfenden Arbeiterschaft sich ergänzen. An sich aber sind die Zentralverbände neutrale Gewerkschaften, d. h. sie fragen nicht nach dem religiösen oder politischen Bekenntnisse des Aufzunehmenden, sondern verlangen nur strengste Wahrung des gewerkschaftlichen Klassenkampfstandpunktes von ihren Angehörigen. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften dagegen sind gegründet worden, um ein Gegengewicht zu bilden gegen die vorerwähnten Zentralverbände. Ihre vornehmsten Aufgaben sind die Pflege breiterster Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, Einführung von Tarifen und Errichtung von Schiedsgerichten nach dem Muster der englischen Trades-Unions. Die Gründer der Gewerkschaften hielten es jedenfalls nicht für angebracht, bei ihrer Berufung auf die Einrichtungen der englischen Trades-Unions zu bedenken, dass sich diese erst durch ein halbes Jahrhundert lang während schwere Kämpfe mit den Unternehmern und der sie schützenden Regierung die Anerkennung der Organisation haben erringen müssen. Ihr, der Gewerkschaften, Hauptzweck kann nur der sein, Zersplitterung in die Reihen der erwachenden Arbeiterklasse zu tragen, und so ihrem gerechten Kampfe Hemmnisse zu bereiten. Eben denselben Zweck verfolgten die Gründer der jüngsten Richtung, der christlichen Gewerkschaften, in allerdings etwas konsequenterer Weise. Diese Organisationen, die ja »nach dem Willen ihrer katholischen Gründer auch nur den Zweck haben sollten, die katholischen

Arbeiter vor der Berührung mit der aufgeklärten Arbeiterschaft zu bewahren, wachsen allerdings in ihrer Taktik über die ursprünglich gezogenen Grenzen hinaus zum Verdrusse ihrer frommen Förderer. Sie nehmen immer mehr Veranlassung, ihre Kampfweise der der Zentralverbände nachzuahmen. Die günstigste Entwicklung weisen ja nun die zentralistischen freien Gewerkschaften auf, die an Mitgliederzahl, Macht und Bedeutung erstaunliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Mit ihrer nun annähernd 1 Million betragenden Mitgliederzahl seien die freien Zentralverbände allerdings noch nicht die Macht, welche in jeder Beziehung die Interessen der Arbeiterschaft ihren Gegnern gegenüber mit verfechten könne, aber durch unermüdliche Agitation und Aufklärung müssen auch die, in den unter bürgerlicher und christlicher Flagge segelnden Organisationen irregeleiteten Arbeiter begreifen lernen, dass es nur in den freien Gewerkschaften möglich ist, Arbeiterinteressen rücksichtslos verfolgen zu können. Legien streifte dann noch das Bestehen von sogen. unabhängigen Organisationen mit Klassenkampfcharakter. Er bezeichnete dasselbe als disziplinwidrig und geht dann des Näheren auf die Entwicklung des Lithographen-Sonderverbandes ein. Er weist nach, dass es stichhaltige Gründe für das Weiterbestehen dieser Organisation nicht giebt, und hofft, dass auch die trenntmarschierenden Lithographen bald die Notwendigkeit ihrer Vereinigung mit dem Verband der Litho. Steindr. und verw. Berufsg. einsehen werden, im Interesse der Arbeiterbewegung überhaupt! — Stürmischer Beifall wurde diesen Ausführungen gezollt. In der Diskussion bemerkte Redakteur Obier, es mache sich eine Debatte über die vorzüglichen Darlegungen Legien's schon deshalb nicht nötig, weil die Sonderorganisations das Nichterscheinen vorgezogen hatten. Unter »Gewerkschaftliches« gaben die Kollegen Obier und Schuhmacher unter dem allgemeinen Beifall der Versammlung einige Streiflichter zur Dresdener Generalversammlung. Nach diesem fand folgende Resolution Welsch einstimmige Annahme: »Die heutige im Etablissement »Pantheon« tagende Versammlung der Litho., Steindr. u. Berufsg. Leipzig's legt ihren Mitgliedern nahe, aus Solidaritäts- und Pflichtgefühl dem vom »Aktionsausschuss für Aerztessen« gegründeten »Sanitätsverein« beizutreten, desgleichen sich streng an die von vorg. Ausschuss, zeitweilig in der »L. V.« veröffentlichten Liste empfohlener Aerzte zu halten.«

Darauf erfolgte der Schluss dieser, im Verhältnis zu ihrer erstklassigen Tagesordnung mässig besuchten Versammlung. Ksr.

München, Lithogr. Am Samstag, den 6. August fand die Quartalsversammlung der hiesigen Filiale II statt. Nach dem Rechenschaftsbericht des Kollegen Grabsdorf erhielt der Delegierte der Dresdener Generalversammlung das Wort zur Berichterstattung. Die gut besuchte Versammlung konnte sich mit einigen Vorgängen auf der Generalversammlung nicht einverstanden erklären und wurde der Wunsch ausgedrückt, einer kombinierten Versammlung dazu das Wort reden zu lassen. Verurteilt wurde der der »Sächsischen Arbeiterzeitung« entnommene Bericht über die Generalversammlung in der »Gr. Presse«, wobei Fehler mit zum Abdruck gekommen sind, welche wohl dem Beruf fernstehenden Berichterstatter unterlaufen können, aber in einem Fachblatt nicht zum Vorschein kommen. (? d. Red.) Auch wurde bedauert, dass man die vom Kollegen Görlitz in Dresden abgegebene Erklärung betreffs des vom Kollegen Brummer ohne vorherige Zustimmung der anderen Münchener Delegierten zurückgezogenen Münchener Antrags so stillschweigend übergegangen hat. Die Versammlung hofft, dass man im Protokoll wenigstens davon etwas zu lesen bekommt. — Eine scharfe Aussprache führte der von der Firma Obpacher unserem Vorsitzenden Görlitz aufgezogene Austritt aus dieser Firma herbei. Einstimmig wurde die Haltung unseres Vorsitzenden, dem von der despotischen Leitung des Geschäfts die 6 Tage Urlaub für die Generalversammlung nicht bewilligt wurden, für korrekt befunden, indem er die Kündigung einreichte. Wollen wir von seiten des Unternehmers solche Machinationen ruhig hinnehmen, wo bliebe dann das Koalitionsrecht, gegen welches ja diese Herren niemals etwas einzuwenden haben. Der Vorwand, die Arbeit ist eilig, war ja nicht stichhaltig, widrigenfalls sich ja von den weit über 20 dort beschäftigten Chromolithographen doch einer gefunden hätte, der in den 6 Tagen Ersatz hätte leisten können. Görlitz musste dennoch, um seinen Verpflichtungen als Delegierter den Kollegen gegenüber nachzukommen, das Geschäft verlassen und die Weltfirma Obpacher, deren Vertreter öfters rühmen, die Geschäftsleitung habe nur alles gute für die Arbeiter im Auge, liess kaltblütigen Herzens einen Mann, der 10 Jahre dieser Aktiengesellschaft seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hatte, gehen. Nicht von der sentimentalischen Seite aus wollen wir diese Angelegenheit betrachten, Opfer kostet die politische sowie gewerkschaftliche Bewegung, aber gerichtet hat sich diese Firma von selbst und sie verdient mehr aufmerksam betrachtet zu werden von der Organisation. Mögen auch die dortigen Kollegen aller Berufsweige mehr Rückgrat zeigen gegenüber dem dort so vorherrschenden persönlichen Regiment, dann liesse sich vieles bessern und könnten die schlechten sanitären Verhältnisse dieser Fabrik auch schon einigermaßen

